Im Koalitionsvertrag haben sich Cem Özdemir (r.) und Manuel Hagel viele Ziele gesetzt. Was wünschen die Bürger? *Foto: Bernd Weißbrod/dpa*

Offen für Verwaltungsreform

Vor Zusammenschlüssen von Kreisen und Gemeinden schrecken die Bürger nicht zurück – anders als die Politik. Vertrauen in die neue Regierung ist aber vorhanden. *Von Annika Grah*

Es war ein weitreichender Vorschlag mit dem Manuel Hagel (CDU) im Wahlkampf Schlagzeiten machte. Im November 2024 hatte er sich bei einer Veranstaltung für eine Verwaltungsreform ausgesprochen – zwei Verwaltungsebenen sollten wegfallen. Doch ausformuliert wurde der Vorschlag von dem CDU-Politiker bislang nicht. Lediglich die FDP, die es am Ende gar nicht in den Landtag schaffte, versuchte mit entsprechenden Ideen im Wahlkampf zu punkten. So wollten die Liberalen unter anderem kleinen Kommunen und Landkreisen Anreize für freiwillige Zusammenschlüsse bieten.

Solche Ideen fielen in der Wählerschaft offenbar auf fruchtbaren Boden, wie die aktuelle Umfrage „BaWü-Check“ zeigt: 42 Prozent der 1006 Befragten halten die Zusammenlegung von Landkreisen für einen guten Vorschlag, 30 Prozent wären dagegen. Geht es um den eigenen Landkreis, ist die Zustimmung sogar noch höher. Die Hälfte wäre damit einverstanden, wenn der eigene Landkreis mit einem anderen zusammengelegt würde, 27 Prozent wären dagegen.

Geht es um die Zusammenlegung kleiner Gemeinden, fällt die Zustimmung sogar noch größer aus. Den Vorschlag, Gemeinden mit weniger als 3000 Einwohnern mit anderen Kommunen zusammenzufassen, finden 59 Prozent sinnvoll. Nur ein Fünftel der Befragten (21 Prozent) spricht sich dagegen aus.

Bislang sind solche Pläne aus der grün-schwarzen Koalition noch nicht bekannt. Das Land will aber mit den Kommunen eine Zukunftskommission einrichten, in der über grundlegenden Entscheidungen für Städte, Landkreise und Gemeinden diskutiert werden soll. Bis Ende 2026 soll – so steht es im Koalitionsvertrag – außerdem ein Zukunftsbündnis geschlossen werden, dass konkrete Vorschläge zum Bürokratieabbau machen soll. Ob dann auch über eine Verwaltungsreform gesprochen wird? Noch offen.

Sparpotenziale sieht eine große Mehrheit der Befragten ansonsten beim Personal und in Kultureinrichtungen. Mehr Geld soll hingegen in Gesundheitseinrichtungen wie Krankenhäuser (90 Prozent Zustimmung) fließen, in die Ausstattung von Schulen (88 Prozent) und Kindergärten (81 Prozent). Auch Mehrausgaben für Wohnungsbau (78 Prozent) und Straßen (76 Prozent) wird von einer Mehrheit befürwortet. Zwei Drittel finden, dass mehr Geld für Kommunen und Wirtschaftsförderung sowie für die Wissenschaft ausgegeben werden sollte. Angesichts sinkender Steuereinnahmen ist allerdings fraglich, dass das Land für all diese Bereiche mehr Geld zur Verfügung stellen kann.

Inhaltlich korrespondiert die Wunschliste an die Landesregierung mit der politischen Agenda der Bürgerinnen und Bürgern. Mehr als die Hälfte (56 Prozent) findet, dass das Land für ausreichend bezahlbaren Wohnraum sorgen sollte. Ein Thema, das schon lange weit oben bei den Menschen im Land rangiert, gefolgt von den Aufgaben Arbeitsplätze sichern und Wirtschaft stärken.

> Bezahlbarer Wohnraum rangiert ganz oben auf der Wunschliste der Befragten.

Das Thema Wirtschaft hatten sowohl Ministerpräsident Cem Özdemir (Grüne) als auch sein Vize Manuel Hagel (CDU) im Wahlkampf hoch gehängt. Auch in seiner ersten Regierungserklärung nannte Özdemir Wirtschaft „Thema Nr.1“. Noch vor der Sommerpause will er ein Effizienzgesetz zum Bürokratieabbau umsetzen, Genehmigungsverfahren sollen beschleunigt werden, außerdem soll ein Zukunftsfonds aufgesetzt werden, um Firmen über schwierige Zeiten hinwegzuhelfen.

Allerdings trauen die Befragten im BaWü-Check der Landesregierung beim Thema Stellenabbau in der Automobilindustrie wenig zu. 55 Prozent halten die Landesregierung an der Stelle für weitgehend machtlos. Und auch beim Bürokratieabbau gibt es Zweifel: Lediglich 22 Prozent glauben, dass es Grün-Schwarz gelingen wird, spürbar Bürokratie abzubauen. Gut die Hälfte hält das nicht für realistisch. Die eigenen Rechte wollen viele Bürger aber auch nicht beschnitten sehen: 41 Prozent halten es für falsch, die Einspruchsmöglichkeiten bei großen Infrastrukturmöglichkeiten wieder zu reduzieren, nur 37 Prozent sind dafür.

Alles in allem startet die grün-schwarze Landesregierung aber mit einem Vertrauensvorschuss in die Legislaturperiode. Cem Özdemir trauen 53 Prozent der Befragten zu, ein guter Ministerpräsident zu werden. Zum Vergleich: Winfried Kretschmann (Grüne) kam zum Ende seiner 15-jährigen Amtszeit im BaWü-Check im Februar auf 50 Prozent. Dabei sind nicht nur Anhänger der Grünen überzeugt, auch bei Unterstützern von CDU (58 Prozent), SPD (70 Prozent), FDP (54 Prozent) und Linken (56 Prozent) kann der neue Ministerpräsident punkten. Unter AfD-Anhängern trauen ihm immerhin 14 Prozent zu, ein guter Ministerpräsident zu sein.

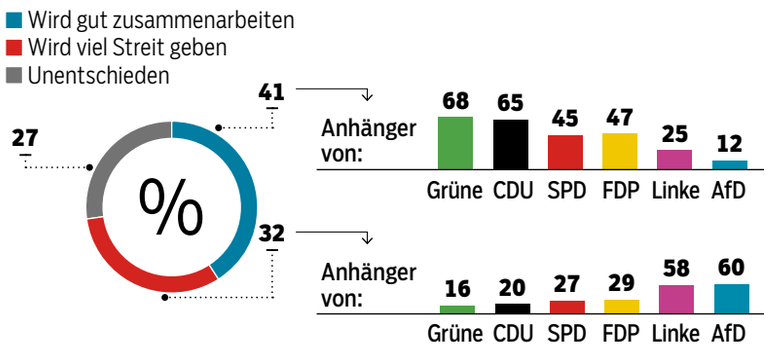
Umfrage von Tageszeitungen

Der BaWü-Check ist eine Umfrage vom Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der baden-württembergischen Tageszeitungen. Befragt wurden vom 16. bis 24. Juni 1006 Menschen ab 16 Jahren befragt. Die Stichprobe ist repräsentativ für die deutsche Bevölkerung in Baden-Württemberg. Die Online-Fragebögen enthielten dieses Mal 13 Fragen. Die Befragten sind Mitglied eines Online-Panels, die Stichprobe wurde durch eine nach Geschlecht, Alter, Schulabschluss und Regierungsbezirk geschichtete Zufallsauswahl gezogen.

Die Umfrage in Grafiken

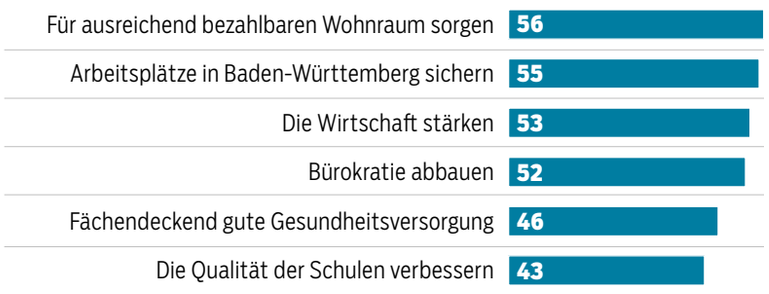
1 Zusammenarbeit der Koalition
Anhänger bewerten die mehrheitlich als gut

„Glauben Sie, dass die Koalition aus Grünen und CDU in Baden-Württemberg im Großen und Ganzen gut zusammenarbeiten wird, oder gehen Sie eher davon aus, dass es in der Koalition viel Streit geben wird?“



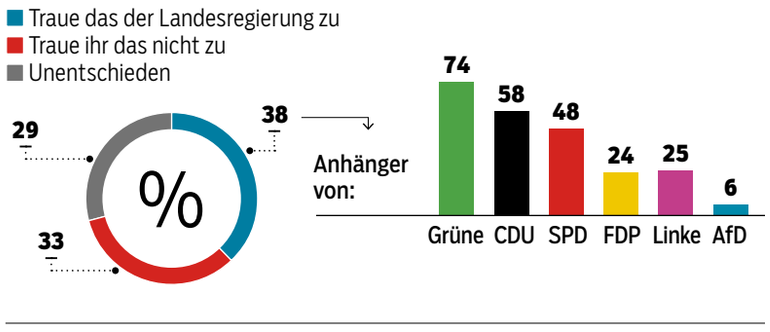
2 Die politische Agenda der Bürger für die neue Landesregierung
Bezahlbarer Wohnraum als wichtigste Aufgabe

„Was sind in Ihren Augen die wichtigsten Aufgaben, um die sich die neue Landesregierung in Baden-Württemberg in den nächsten Jahren kümmern soll?“



3 Einschätzung zu Landesregierung als Problemlöser
Begrenztes Vertrauen in die Lösungskompetenz

„Trauen Sie der neuen Landesregierung aus Grünen und CDU zu, dass sie in der Lage ist, die Zukunftsprobleme Baden-Württembergs anzugehen, oder trauen Sie ihr das nicht zu?“

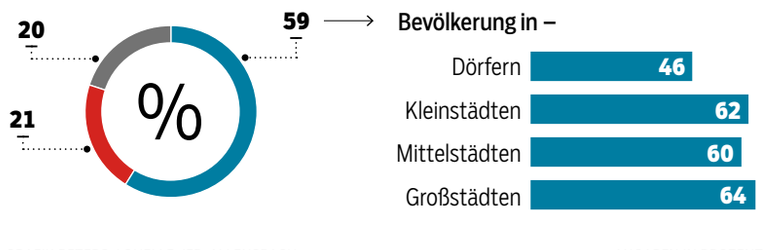


4 Zusammenlegung von Landkreisen
Mehr Unterstützer als Gegner

„Um Kosten zu sparen, gibt es die Forderung, die Anzahl der Landkreise in Baden-Württemberg zu reduzieren. Halten Sie das alles in allem für einen guten Vorschlag oder für keinen guten Vorschlag?“

5 Eingliederung kleinerer Gemeinden in andere Kommunen
Mehrheit spicht sich dafür aus

„Ein anderer Vorschlag lautet, aus Kostengründen kleinere Gemeinden mit weniger als 3000 Einwohnern mit anderen Kommunen zusammenzulegen. Halten Sie das alles in allem für einen guten Vorschlag oder nicht?“



GRAFIK PETERS / QUELLE: IFD-ALLENSBACH

ANGABEN IN PROZENT

19-Jähriger verunglückt tödlich

Como/Tübingen. Ein 19 Jahre alter deutscher Tourist ist im norditalienischen Argegno am Comer See tödlich verunglückt. Der junge Mann stammte aus Tübingen, wie die Stadt auf Nachfrage bestätigte. Zuvor hatten mehrere Medien über die Herkunft berichtet. Nach Angaben der Nachrichtenagentur Ansa stürzte der 19-Jährige am Wochenende in ein Bachbett, als er einem weggerolltem Ball hinterherlief. Dabei erlitt der junge Mann demnach tödliche Verletzungen. *dpa*

Studie: Schon in 14 Jahren droht vielerorts Hausarztmangel

Stuttgart. Schon heute ist es in einigen Regionen in Baden-Württemberg schwierig, einen Hausarzt zu bekommen. Bis 2040 wird sich die Situation einer Studie der Krankenkasse Barmer zufolge vor allem im ländlichen Raum massiv verschärfen. Demnach dürften etwa die Bereiche Bad Säckingen, Rottweil, Sigmaringen und Waldshut-Tiengen mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit in 14 Jahren unterversorgt sein, wenn nicht gegengesteuert werde.

Die Studie, die ein Forschungsinstitut der Krankenkasse mit der Bertelsmann Stiftung durchführte, kommt zu dem Ergebnis, dass im Jahr 2040 etwa ein Fünftel der Bevölkerung in Baden-Württemberg (22 Prozent) unterversorgt sein dürfte. Besonders stark betroffen seien ländliche Regionen und mittlere Städte, sagte Danny Wende vom Barmer Institut für Gesundheitssystemforschung.

Gründe für die schlechtere Versorgung sind laut Barmer, dass der Bedarf an Hausärzten steige, zugleich aber immer mehr Ärzte in Rente gingen. Zudem reduziere sich die durchschnittliche Wochenarbeitszeit in den Praxen, weil junge Ärzte häufig nicht mehr bereit seien, so viele Stunden zu arbeiten wie ihre Vorgänger. *dpa*

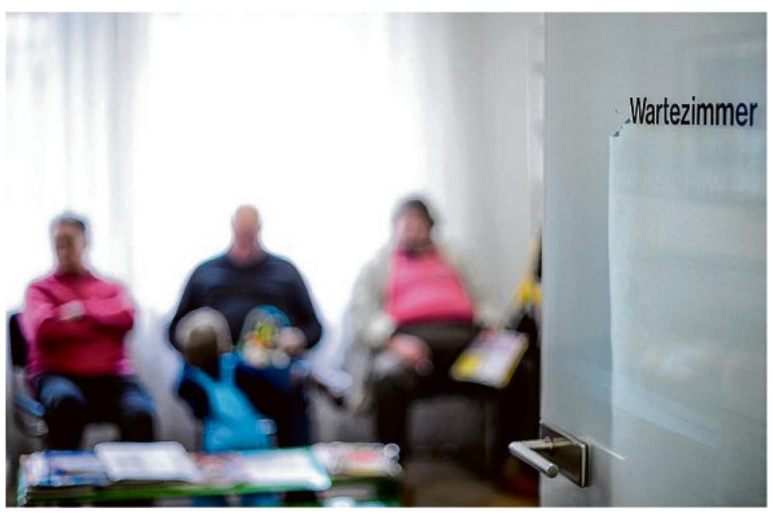


FOTO: SINA SCHULDT/DPA

Einbruchsversuch endet mit Blutlache und erneuter Haft

Pforzheim. Wenige Tage nach seiner Haftentlassung hat ein Mann in Pforzheim wohl in ein Haus einbrechen wollen – mit einem für ihn blutigen Ende. Der 38-Jährige kam erneut in U-Haft, wie die Polizei mitteilte. Zeugen hatten am Montag eine blutüberströmte Person in der Nähe eines Supermarkts bemerkt. Rettungskräfte versorgten die Schnittwunde. Polizisten verfolgten die Wegstrecke des Mannes, fanden eine größere Blutspur und eine eingeschlagene Fensterscheibe an einem Wohnhaus. *dpa*